

# Hat das Regionalparlament Angst vor den Bürgern?

Wenn in der Region Stuttgart ein Gewerbegebiet geplant wird, formiert sich sofort Protest, der oft in einen erfolgreichen Bürgerentscheid mündet. Der Regionalverband will darauf nun mehr Einfluss nehmen – und bringt ein umstrittenes Vorhaben auf den Weg.. Von Kai Holoch

Der Antrag birgt mehr Sprengstoff, als es zunächst scheinen mag. In der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses des Verbands Region Stuttgart (VRS) hat die FDP nicht nur gewünscht, der Verband möge zeitnah berichten, wie viele regionale Gewerbe- und Vorhaltestandorte sowie Gewerbeschwerpunkte aktuell in der Region vorbereitet werden. Die Fraktion forderte auch, der VRS solle ein Konzept für die Informationsarbeit entwickeln, damit der Verband besser als bisher bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden mitwirken – und darauf einwirken könne.

Einen Vorschlag zur Finanzierung lieferten die Freien Demokraten gleich mit.

In Dettingen wird es wohl bald den nächsten Bürgerentscheid geben.

Man könne doch einen Teil jener 500 000 Euro, die für „regionale Wanderausstellungen“ zur Verfügung stünden, für diese Aufgabe umwidmen – oder Mittel der Öffentlichkeitsarbeit verwenden.

Die FDP begründet ihren Vorstoß damit, dass 2020 und in diesem Jahr mit den Gewerbeparks Fils und Lautertal gleich zwei geplante Industriegebiete an Bürgerentscheiden gescheitert sind – und dass die Abstimmung im Juli 2019 nur knapp zugunsten des Gewerbegebiets Schwieberdingen ausgefallen ist.

Nun steht die Entscheidung über die Ausweisung des Gebiets Hungerberg zwischen Dettingen und Kirchheim (Kreis Esslingen) an – und wieder formiert sich Widerstand aus der Bürgerschaft. Folglich müsse man davon ausgehen, so die FDP, dass es in Zukunft generell zu Bürgerentscheiden kommen werde, wenn es um die Ausweisung neuer Areale gehe: „Da die wirtschaftliche Zukunft und insbesondere die Arbeitsplätze in der Region davon abhängen, dass ausreichend Flächen für die weitere gewerbliche Entwicklung zur Verfügung stehen, ist aus unserer Sicht dringend geraten, dass der Verband Region Stuttgart eine aktive Rolle in der Diskussion über die Ausweisung von Gewerbegebieten einnimmt“, argumentiert der FDP-Fraktionsvorsitzende Kai Buschmann.

Die FDP geht davon aus, dass mit einer fundierten Information der Bürgerschaft

STUTTGARTER ZEITUNG  
22. Juni 2021



Am Dettinger Hungerberg formiert sich Widerstand gegen die Pläne der Region.

Foto: Horst Rudel

die Chancen steigen, die Zukunftsprojekte tatsächlich umsetzen zu können. Benötigt werde dafür ein Konzept, das lokale, also für die Menschen vor Ort relevante Informationen liefere. Die Zeit dränge – gerade in Bezug auf das Hungerbergprojekt.

Tatsächlich hat die Dettinger Bürgerinitiative „Kein Gewerbegebiet am Hungerberg“ bereits den ersten Schritt auf dem Weg zu einem Bürgerentscheid geschafft. Das Bürgerbegehren haben mehr als doppelt so viele Einwohner Dettingens unterschrieben, wie für das Quorum notwendig gewesen wäre. Statt der erforderlichen 350 Stimmen sind innerhalb von vier Wochen exakt 866 Unterschriften in der 5600-Einwohner-Kommune zusammen gekommen.

Mit Hilfe des nun angestrebten Bürgerentscheids will die Initiative verhindern, dass die Gemeinde den Bebauungsplan für das Hungerberggebiet so aufstellt, dass dort der von der Region gewünschte, zunächst 21 Hektar große Vorhaltestandort

für zukunftsweisende Technologien entstehen kann. Die rechtliche Zulässigkeit des Bürgerentscheids wird momentan geprüft. Ursprünglich waren sogar 42 Hektar in der Diskussion gewesen – doch diese Fläche ist schon auf Betreiben des Dettinger Bürgermeisters Rainer Haußmann halbiert worden.

Die Region wird also viele gute Argumente brauchen, will sie den Standort Hungerberg für die Industrieentwicklung der Region sichern. Ob allerdings ein eigener Topf zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit der richtige Weg dafür ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. „Mich erinnert ein solches Vorgehen an unsere Diskussionen um Stuttgart 21“, kritisierte Dorothee Kraus-Prause von den Grünen in der Sitzung des Planungsausschusses. „Wir müssen doch alles tun, um zu vermeiden, dass die Bürger vor Ort in eine neue Gegnerschaft zur Region kommen.“ Auch die SPD – obwohl sie den Vorhaltestandort nicht ablehnt – und die

Linke äußerten Unverständnis über den vorgeschlagenen Weg. Jetzt Extrageld in die Hand zu nehmen für eine eigene Informationskampagne, halten beide Parteien „für sehr bedenklich“.

Selbst Thomas Kiwitt, der Chefplaner der Region, machte deutlich, dass ein Bürgerentscheid gegebenenfalls von der Gemeinde zu organisieren sei. Diese müsse dafür sorgen – und das werde sie auch tun –, dass alle Betroffenen ihre Position ausführlich darstellen können: „Da wird dann natürlich auch die Region mit Stellungnahmen eingebunden.“

Doch überzeugt hat diese Argumentation im Planungsausschuss nicht. Mit knapper Mehrheit sprachen sich die bürgerlichen Parteien und die Vertreter der AfD dafür aus, den Antrag der FDP weiter zu verfolgen und Möglichkeiten für weitergehende Informationskampagnen bei Bürgerentscheiden zu suchen. Das Thema wird also demnächst erneut auf die Tagesordnung kommen.

Kommentar

## Bürgerwille lässt sich nicht kaufen



Zusätzliches Geld wird nicht dabei helfen, die Menschen von Großprojekten zu überzeugen.  
Von Kai Holoch

Das Dilemma ist groß: Eine zentrale Aufgabe des Verbands Region Stuttgart (VRS) ist es, den Unternehmen rund um Stuttgart den Weg ins neue digitale Industriezeitalter zu ebnet. Damit das gelingt, braucht es, davon ist eine VRS-Mehrheit überzeugt, zusätzliche Flächen, auf denen sich neue Technologiestandorte entwickeln lassen. Die Hoffnung der Grünen, dass dafür auch bestehende Industrieflächen ausreichen, ist zwar charmant, aber etwas realitätsfern.

Doch geeignete neue Flächen sind rar. Zudem war die Bereitschaft der Menschen, sich die Landschaft vor ihrer Haustür zubauen zu lassen, noch nie groß – und hat in den vergangenen Jahren eher noch abgenommen. Denn auch das ist ein Problem: Momentan geht es den meisten Menschen in der Region noch blendend. Warum sollten sie also vermeintliche Beeinträchtigungen ihrer Lebenssituation hinnehmen? Der Leidensdruck ist gering.

Verständlich also, dass diejenigen, die nun händeringend nach Standorten für Zukunftsindustrien in der Region suchen, auch neue Wege einschlagen wollen, um die Chancen für die Umsetzung ihrer Pläne zu erhöhen. Zwei bittere Niederlagen im Kampf um solche Industriegebiete und die drohende nächste Pleite am Dettinger Hungerberg sorgen für zusätzliche Verunsicherung bei den Akteuren.

Dass der Regionalverband nun Bürgerentscheide mit einer eigenen Informationskampagne begleiten und dazu sogar eine eigene Kasse schaffen will, ist indes der falsche Weg – und wirkt wie eine Provokation: Wer meint, mit zusätzlichem Geld könne er den Bürgerwillen beeinflussen, wird sich am Ende mächtig verrechnen. Denn genau das Gegenteil ist der Fall: Wenn Menschen den Eindruck gewinnen, dass sie „gekauft“ werden sollen – und dieser Eindruck muss in diesem Fall entstehen –, stellen sie sich ganz schnell stur.